

Psychiatrie in Niedersachsen 2007 bis 2011 – Ein Rückblick im Spiegel der ersten fünf Jahrbücher

Hermann Elgeti

Der Landesfachbeirat Psychiatrie – Wechsel in der Leitung

Im Dezember 2006 verabschiedete sich Gerd Holler, unermüdlicher Ideengeber und Antreiber gemeindepsychiatrischer Reformen in Deutschland, Wegbereiter und langjähriger Frontmann des Landesfachbeirats Psychiatrie Niedersachsen (LFB Psych), in den Ruhestand. Auch eine schwere Erkrankung, der er dann im April 2008 erlag, hatte ihn nicht davon abhalten können, seinen beruflichen Aufgaben, die er als Berufung empfand, bis zum Erreichen der regulären Altersgrenze mit vollem Engagement nachzugehen. Im Jahrbuch 2009 (JB 2009: 15–17) haben ihm einige Kollegen, Freunde und Mitstreiter in Nachrufen dankbar gedacht.

Gerd Holler hatte die Diskurse über notwendige Reformen der psychiatrischen Versorgung in Niedersachsen seit den 1980er-Jahren maßgeblich geprägt und auch bundesweit beeinflusst. Im Auftrag des niedersächsischen Sozialministers Walter Hiller führte er die Fachkommission Psychiatrie, die im Februar 1991 erstmals zusammentrat und schon Ende 1992 ihren Abschlussbericht vorlegen konnte (siehe dazu den Beitrag von Eberhard Höfer im JB 2008: 16–24). Ihre »Empfehlungen zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in Niedersachsen« waren Grundlage für die 1997 im Landtag beschlossene Novelle des Psychisch-Kranken-Gesetzes von 1978. Die Fachkommission war Vorläufer des LFB Psych, den das Sozialministerium (MS) 1994 zu seiner Beratung und zur fördernden Begleitung des Reformprozesses einsetzte. Gerd Holler wurde als Vorsitzender und Geschäftsführer in Personalunion mit seiner Leitung beauftragt. In den Jahresberichten des LFB Psych dokumentierte er zahlreiche Initiativen, Studien und Fachtagungen, die das Gesicht der niedersächsischen Psychiatrie veränderten.

Der Jahreswechsel 2006/2007 bedeutete für den LFB Psych eine Zäsur. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden berief die damalige Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann Prof. Jürgen-Helmut Mauthe und Wolfram Beins, beide schon seit 1993 Mitglieder dieses Gremiums. Die Geschäftsstelle blieb auf Wunsch des Ministeriums bei der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH). Dort hin war die Arbeitsgruppe Versorgungsforschung von Gerd Holler und Heiner

Melchinger 2001 vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung der Universität Hannover gewechselt. Auf Vorschlag der MHH bestimmte die Sozialministerin den Autor dieses Beitrags mit der Leitung der Geschäftsstelle, sodass die Funktionen des ehrenamtlich tätigen Vorstands und der mit einem Personal- und Sachkostenbudget ausgestatteten Geschäftsstelle ab Anfang 2007 getrennt waren.

In Abstimmung mit dem MS wurde 2007 für den LFB Psych eine Geschäftsordnung erstellt, nach deren Regeln das Plenum zweimal und der ständige Ausschuss viermal jährlich tagen. Über die Gremiensitzungen wird für alle Mitglieder ein ausführliches Protokoll erstellt. Im Februar 2009 endete die dritte Periode, und nach Berufung der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder konstituierte sich der neue LFB Psych im Mai 2009. In fünf Arbeitsgruppen (Prävention, Teilhabe, Migration, Behandlung und Pflege, regionale Vernetzung) sollen Mitglieder des LFB Psych, ggf. mit zusätzlich hinzugezogenen externen Experten, spezielle Themen diskutieren und Beschlussvorlagen für das Plenum erarbeiten.

Die Geschäftsordnung des LFB Psych, eine aktuelle Liste seiner Mitglieder und die Adresse der Geschäftsstelle sind im Anhang der Jahrbücher abgedruckt. Die bereits von Holler eingerichtete Homepage www.lfbpn.de wurde 2007 inhaltlich und grafisch überarbeitet, konnte aber mangels entsprechender Ressourcen bisher noch nicht zeitgemäß weiterentwickelt werden. Die beiden Vorsitzenden des LFB Psych schreiben seit 2009 abwechselnd eine Kolumne »Notizen aus Niedersachsen« im »Eppendorfer«, einer zehnmal pro Jahr erscheinenden Zeitung für Psychiatrie.

Das Jahrbuch »Psychiatrie in Niedersachsen« – Forum für Diskurse

Die Jahresberichte des LFB Psych sollten nun nach den Vorgaben des Vertrags zwischen dem MS und der MHH ab 2007 nur noch der kurz gefassten internen Information des MS dienen. An die Stelle der vorher von Holler zusammengestellten Jahresberichte des LFB Psych, die von der Geschäftsstelle im Eigendruck hergestellt und verteilt worden waren, trat das Jahrbuch »Psychiatrie in Niedersachsen«. Es wird vom Autor in Abstimmung mit dem LFB Psych im Psychiatrie Verlag herausgegeben, der erste Band erschien Ende 2007 als JB 2008. Die positive Resonanz ermutigte zur Fortsetzung des Projekts.

Die Refinanzierung des Jahrbuchs erfolgte bisher über Bonusmittel der MHH für Drittmittel und wissenschaftliche Veröffentlichungen des Autors (Leistungsorientierte Mittelvergabe – LOM Forschung). So konnten jeweils neben dem Verkauf an Interessierte über den Buchhandel (oder direkt durch den Verlag) rund 250 Exemplare kostenlos verschickt werden, und zwar an alle

- Mitglieder des Landesfachbeirats Psychiatrie Niedersachsen,
- Mitglieder des Sozialausschusses des Niedersächsischen Landtags,
- Mitglieder des Psychiatrieausschusses gemäß § 30 NPsychKG,
- Psychiatriereferenten der Bundesländer,
- Leitungen der psychiatrischen Kliniken in Niedersachsen,
- Leitungen der Sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi) in Niedersachsen.

Mit Blick auf den Wechsel der Geschäftsstelle des LFB Psych und seines Leiters zur Region Hannover ab Januar 2012 wurde jetzt Prof. Marc Ziegenbein Mitherausgeber des Jahrbuchs. Ziegenbein ist der Leiter des Bereichs »Sozialpsychiatrie« in der seit 2008 von Prof. Stefan Bleich geführten Abteilung für Psychiatrie, Sozialpsychiatrie und Psychotherapie der MHH. Damit verbindet sich die Hoffnung, diese Form der Refinanzierung modifiziert fortsetzen zu können. Jahrbücher, die beim Verlag vergriffen sind, können dort als *E-book* erworben werden; ein Archiv aller Beiträge mit Suchfunktion nach verschiedenen Kategorien ist mittelfristig geplant.

Die jeden Band des Jahrbuchs einführenden Aufsätze des Herausgebers richten den Blick über die Teilgebiete der Psychiatrie und der dort gerade aktuellen Problemfelder hinaus auf grundsätzlichere Fragen. Im ersten Band wurde das Feld psychiatrischer Arbeit zwischen Spezialisierung und Integration skizziert (JB 2008: 10–13). Dabei ging es um die Entwicklung des Faches, aber auch um das Erfordernis einer übergreifenden Koordination und Planung, damit die Qualität der Hilfeleistung gesichert und Versorgungsgerechtigkeit im Land gewährleistet werden kann. Der Rolle der Sozialpsychiatrischen Verbände (SpV) in den Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Qualitätsentwicklung in der Psychiatrie widmete sich die Einführung des zweiten Bandes (JB 2009: 11–14). Notwendige Rahmenbedingungen für eine gute psychiatrische Arbeit wurden zu Beginn des dritten Bandes thematisiert (JB 2010: 13–19), und zuletzt standen der Begriff des Netzwerks und seine sich wandelnde Bedeutung in der Gemeindepsychiatrie zur Debatte (JB 2011: 10–22).

Jedes Jahrbuch beinhaltet mehrere thematische Schwerpunkte, außerdem aktuelle Berichte und Stellungnahmen sowie einen Abschnitt mit Dokumenten, Daten und Adressen. Schwerpunktmäßig abgehandelt wurden u. a. ausgewählte Aspekte einiger großer Teilgebiete der Psychiatrie: Gerontopsychiatrie (JB 2009: sieben Beiträge); Kinder- und Jugendpsychiatrie (JB 2010: sechs Beiträge); Suchtkrankenversorgung (JB 2011: acht Beiträge) und Forensische Psychiatrie (JB 2012: vier Beiträge). Weitere Schwerpunkte befassten sich mit der Kultur der Erinnerung an die Opfer der Psychiatrie im Nationalsozialismus (JB 2010: vier Beiträge), der Vorstellung der Universitätspsychiatrie in Göttingen und Hannover (JB 2010: vier Beiträge) und mit einer Reihe von anderen Themen, die unten noch gesondert erwähnt werden.

Innerhalb und außerhalb der Themenschwerpunkte ging es immer wieder auch um Fragestellungen aus der Selbsthilfe der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Die Autoren waren hier die Mitglieder des LFB Psych Christian Harig (JB 2008: 25–27; JB 2009: 147–149; JB 2012: 58–61) und Rosemarie Seelhorst (JB 2008: 28–31; JB 2009: 64–65; JB 2010: 182–185), daneben Frauke Klinger et al. für die Initiative Göttinger Psychose-Seminar (JB 2010: 189–194) und Hannelore Demski für die Alzheimer-Gesellschaft im Landkreis Gifhorn (JB 2010: 195–200). Auf den Bereich »Migration und Psychiatrie« bezogen sich Beiträge von Iris Gudehus (JB 2008: 161–167), Thorsten Sueße (JB 2010: 167–170) sowie Albina Zeef et al. (JB 2011: 202–207). Über die Prävention psychischer Störungen als Zukunftsaufgabe für Niedersachsen schrieb Jürgen-Helmut Mauthé (JB 2009: 124–129), und Prof. Detlev Dietrich berichtete zusammen mit Lothar Schlieckau über das Bündnis gegen Depression in der Region Hannover (JB 2009: 130–134).

Die Umsetzung des NPsychKG – eine Daueraufgabe

Das Niedersächsische Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) von 1997 gilt als eines der fortschrittlichsten in Deutschland. Es propagiert den Vorrang der Hilfen vor den Schutzmaßnahmen, eine bedarfsgerechte Unterstützung der Betroffenen in ihrem gewohnten Lebensumfeld und eine Zusammenarbeit aller Beteiligten in kommunalen Netzwerken. Aber auch diese Grundsätze müssen erstmal umgesetzt und im Alltag mit Leben erfüllt werden. Eine zentrale Rolle spielen die SpDi der Landkreise und kreisfreien Städte. Sie sind mit der Geschäftsführung des örtlichen SpV beauftragt und müssen den Sozialpsychiatrischen Plan (SpP) der Kommune erstellen bzw. regelmäßig fortschreiben. Eine gleichbleibend hohe Aufmerksamkeit erfordert auch die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben bei Zwangsmaßnahmen, zum Beispiel bei vorläufigen Einweisungen gemäß § 18 NPsychKG in eine psychiatrische Klinik. Das MS, das die Fachaufsicht über die SpDi ausübt, führt regelmäßige Dienstbesprechungen mit deren Leitungen und den Geschäftsführern der SpV durch. Diese finden halbjährlich gesondert für die Gebiete der vier ehemaligen Regierungsbezirke statt und ein Mal pro Jahr landesweit in Hannover. Der Autor nimmt als Geschäftsführer des LFB Psych im Gaststatus an diesen Besprechungen teil, was den wechselseitigen Informationsfluss wesentlich erleichtert.

Den hier skizzierten Fragestellungen war in vier Jahrbüchern jeweils ein Schwerpunktthema gewidmet: »Zehn Jahre NPsychKG – ein Grund zum Feiern?« (JB 2008 mit elf Beiträgen), »NPsychKG im Versorgungsalltag« (JB 2009 mit sechs Beiträgen), »Umsetzung des NPsychKG im Alltag« (JB 2010 mit sieben Beiträgen) und »Impulse für den Sozialpsychiatrischen Verbund«

(JB 2011 mit fünf Beiträgen). Darüber hinaus erschienen im Rahmen dieser Thematik Beiträge von Bettina Krebs (JB 2008: 158–160) und Iris Gudehus (JB 2008: 164–167) zu Ergebnissen von Umfragen des MS bei den SpDi, von Folke Sumfleth zur Einbeziehung von Selbsthilfe-Vertretungen in die Arbeit des SpV (JB 2009: 100–102) und von Ute Kroschel zu den 2. Hildesheimer Psychiatrie-Tagen (JB 2009: 135–139).

In jedem Jahrbuch findet sich auch eine Zusammenfassung des jährlichen Tätigkeitsberichtes des Ausschusses gemäß § 30 NPsychKG für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung in Niedersachsen. Autoren waren und sind seine Vorsitzenden Andreas Spengler und Eberhard Höfer. Dieser Ausschuss ist ein äußerst wertvolles Instrument der externen Qualitätssicherung für die Dienste und Einrichtungen, die psychisch erkrankte Menschen in Niedersachsen betreuen. Im Mai 2010 wurde schon der 25. Tätigkeitsbericht an den Landtag abgegeben. Niedersachsen kann stolz sein auf all die ehrenamtlich tätigen Menschen, die sich in den insgesamt sechs Besuchskommissionen des Ausschusses mit großem Zeitaufwand für die Einhaltung der rechtlichen, fachlichen und ethischen Grundsätze psychiatrischer Hilfeleistung engagieren.

Im März 2007 beschloss der Niedersächsische Landtag mehrheitlich trotz erheblicher Bedenken von Opposition und psychiatrischen Experten die Privatisierung ihrer Landeskrankenhäuser. In einem Themenschwerpunkt des ersten Jahrbuchs (JB 2008) beleuchteten Stellungnahmen aus dem Ministerium und den Landtagsfraktionen, Beiträge aus der Fachwelt und der Selbsthilfe der Psychiatrie-Erfahrenen diese Entscheidung aus verschiedenen Perspektiven. Zwei Jahre später berichteten Jörg Zimmermann und Axel Weber, wie sich das ehemalige Landeskrankenhaus Wehnen als Karl-Jaspers-Klinik des Psychiatrieverbundes Oldenburger Land gGmbH neu strukturiert hat (JB 2010: 177–179).

Die Konkurrenz der Leistungserbringer mit ihrem verstärkten Streben nach Umsatzsteigerung, Kostensenkung und Profitmaximierung hat seitdem nicht nur unter den Kliniken, sondern in allen Bereichen der psychiatrischen Versorgung weiter zugenommen. Das erschwert die so dringend gebotene vertrauensvolle Kooperation der Anbieter von Hilfen in den gemeindepsychiatrischen Netzwerken. Auch die Kontroverse um den AOK-Selektivvertrag zur Integrierten Versorgung von Schizophrenie-Erkrankten (Themenschwerpunkt im JB 2012) erhält ihre Brisanz nicht zuletzt aus der Rivalität zwischen Konkurrenten, die eigentlich zum Wohl der Betroffenen kooperieren müssen.

Mehrere höchstrichterliche Urteile haben in den letzten Jahren Änderungsbedarf bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen im Grenzbereich von Psychiatrie und Gewalt hervorgerufen. Mit Bezug auf eine Normenkontrollklage der Landtagsopposition wegen der Privatisierung der Landeskrankenhäuser forderte der Niedersächsische Staatsgerichtshof in Bückeburg im Dezember 2009 Änderungen beim NPsychKG und Niedersächsischen Maßregelvollzugsgesetz. Ausgelöst durch

ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), verabschiedete der Deutsche Bundestag Ende 2010 das Therapieunterbringungsgesetz (ThUG). Der EGMR hatte in einem Urteil zur nachträglichen Sicherungsverwahrung von gefährlichen Straftätern im Anschluss an die Verbüßung ihrer Strafe Stellung genommen. Das ThUG ist von den psychiatrischen Fachleuten ebenso wie von Selbsthilfeinitiativen massiv kritisiert worden, und auch der LFB Psych hat dazu eine Stellungnahme abgegeben (JB 2011: 215).

In diesem Zusammenhang verdient die bisher unzureichende psychiatrische Versorgung in Justizvollzugsanstalten verstärkte Aufmerksamkeit (siehe dazu den Beitrag von Andreas Tänzer in JB 2012). Große Fortschritte in der Behandlung und Rehabilitation psychisch kranker Straftäter brachten dagegen die 2007 in Niedersachsen neu eingerichteten Forensischen Institutsambulanzen der Maßregelvollzugskliniken (siehe dazu die Beiträge von Spengler et al. in JB 2009, Martin Schoeningh und Andreas Tänzer im JB 2012). Unter dem Einfluss der UN-Behindertenrechtskonvention wurden schließlich die Voraussetzungen für eine Zwangsbehandlung psychisch erkrankter Menschen verschärft (siehe hierzu die Beiträge von Annette Loer und Christian Harig im Jahrbuch 2012).

Zur Landespsychiatrieberichterstattung, die der Autor seit 2007 aufgebaut hat, und zu den Auswertungsergebnissen gab es in jedem Jahrbuch einen Beitrag (Elgeti in JB 2008: 56–66; JB 2009: 154–161; JB 2010: 154–166; JB 2011: 153–164; JB 2012: 143–155). Ein Themenschwerpunkt »Quantitative Daten in der Qualitätssicherung« (JB 2008) befasste sich mit dem bisher unbefriedigenden Einsatz solcher Daten sowie den damit verbundenen Möglichkeiten und Grenzen, Risiken und Nebenwirkungen. Im Anhang jedes Bandes werden die Dokumentationsempfehlungen des LFB Psych mit den Datenblättern A–C abgedruckt. Außerdem informieren ab dem Jahrbuch 2009 Tabellen über einige Kennzahlen zur Sozialstruktur der niedersächsischen Kommunen und die Kapazität wichtiger vorgehaltener Hilfsangebote. Zusätzlich gibt es im Anhang auch Adresslisten der SpDi gemäß § 4 ff. NPsychKG und der psychiatrischen Kliniken mit Versorgungsverpflichtung gemäß 15 NPsychKG.

Es geht bei der Landespsychiatrieberichterstattung nicht nur darum, landesweit zuverlässige und aktuelle Informationen über den Umfang der psychiatrischen Versorgung zur Verfügung zu stellen. Vor allem sollen die SpDi unterstützt werden, wenn sie für die Erstellung und Fortschreibung des SpP auf Datenmaterial zurückgreifen wollen. Ermöglicht werden Vergleiche über die Zeit (im Längsschnitt) und mit anderen Kommunen (im Querschnitt). Im Auftrag des MS entwickelte die Geschäftsstelle des LFB Psych dazu mithilfe der MHH und der Fachhochschule Hannover ein Programm zur EDV-gestützten Eingabe und Auswertung der Daten.

Veranstaltung von Fachtagungen – Anregungen für die Praxis

Im Mai 2006 hatte das MS der MHH den Auftrag erteilt, ein zukunftsfähiges Konzept für ein abgestuftes flächendeckendes System der Versorgung und Unterstützung von Menschen mit demenziellen Erkrankungen für Niedersachsen zu erstellen. Die Projektleitung übernahm der damalige Geschäftsführer des LFB Psych, Gerd Holler, wegen seiner Erkrankung verzögerte sich die Fertigstellung des Abschlussberichts bis Ende 2008. Dieser Bericht wurde auf Wunsch des MS nicht veröffentlicht. Seine Empfehlungen betrafen u. a. den Aufbau niedrigschwelliger Pflegestützpunkte in den Landkreisen und kreisfreien Städten, die gerontopsychiatrische Qualifizierung ambulanter Pflegedienste und die verbindliche Zusammenarbeit aller Akteure in diesem Versorgungsbereich (siehe den entsprechenden Themenschwerpunkt im JB 2009). Das Caritas Forum Demenz e. V. (CFD) hat das Konzept gemeinsam mit dem LFB Psych seit 2007 in jährlich veranstalteten gerontopsychiatrischen Symposien in Hannover auf Landesebene bekannt gemacht. Brigitte Harnau und Marianne Miemietz-Schmolke haben darüber berichtet, wie das CFD interessierte Kommunen wirkungsvoll bei der Umsetzung der Empfehlungen vor Ort unterstützt (JB 2011: 143–147).

Zwei Tagungen zu aktuellen Fragen der ambulanten und stationären psychiatrischen Behandlung veranstaltete die AWO-Psychiatrieakademie Königslutter in Kooperation mit dem LFB Psych: im März 2008 in Braunschweig und im Mai 2009 in Göttingen. Der LFB Psych beteiligte sich auch an der Organisation der Fachtagung »Segel setzen!« zur Zukunft der Sozialpsychiatrischen Dienste in Deutschland im Juli 2010 in Hannover und – daran anschließend – an der Gründung eines bundesweiten Netzwerks der SpDi. Dessen Geschäftsstelle ist bei der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG&AFS) angesiedelt, wo auch die Homepage www.sozialpsychiatrische-dienste.de ständig auf dem aktuellen Stand gehalten wird. 2011 fanden u. a. auch zwei Fortbildungsworkshops des norddeutschen Netzwerks statt, im März 2011 in Hannover und im November 2011 in Lüneburg.

Die evangelische Akademie Loccum war – wie schon mehrmals in den Vorjahren – 2009 und 2011 wieder Gastgeber von insgesamt drei Fachtagungen des LFB Psych. Im Februar 2009 und im März 2011 standen neue ambulant zentrierte Behandlungsansätze im Mittelpunkt, insbesondere im Rahmen Integrierter Versorgung (IV) gemäß § 140 SGB V. Auf diese Diskussionen beziehen sich zwei Schwerpunktthemen des Jahrbuchs: »Zur Weiterentwicklung ambulanter Behandlungsformen – Verbundlösungen und Netzwerkarbeit« (JB 2009) sowie (oben bereits erwähnt) »Die Kontroverse um die Integrierte Versorgung« (JB 2012). Zu den Perspektiven der IV in Niedersachsen im gemeindepsychiatrischen Kontext gab es darüber hinaus noch im Jahrbuch 2010 einen Beitrag von Matthias Walle und Wolfram Beins (JB 2010: 224–231). Die Psychiatrischen

Institutsambulanzen waren Thema von zwei Beiträgen von Andreas Spengler (JB 2009: 76–81; JB 2012: 135–142) und einem Beitrag von Felix Wedegärtner et al. (JB 2010: 217–223).

Im März 2011 ging es in der ev. Akademie Loccum bei einer weiteren Tagung mit dem LFB Psych um Konzepte zur Neugestaltung der Eingliederungshilfen gemäß § 53 SGB XII in Richtung Inklusion gemäß UN-Behindertenrechtskonvention. Bei dieser Gelegenheit wurden die »Loccumer Thesen zur Neugestaltung der Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Menschen in Niedersachsen« verabschiedet (JB 2012: 156–158). Bereits 2007 hatte der LFB Psych eine Stellungnahme zur Verbesserung der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen abgegeben (JB 2008: 169–172), und im Jahrbuch 2009 gab es dazu einen Schwerpunkt »Neugestaltung der Eingliederungshilfe – Konzepte und Positionen« mit insgesamt fünf Beiträgen.

Zum Thema Teilhabe und Inklusion informierte außerdem Gerd Masurek im Jahrbuch 2009 über die Erprobung eines Budgets für Arbeit in Niedersachsen als einer Möglichkeit zur besseren Förderung der Teilhabe psychisch behinderter Menschen am Arbeitsleben (JB 2009: 162–164). Renate Schernus erörterte auf der schon erwähnten Tagung »Segel setzen!« im Juli 2010 das Spannungsverhältnis zwischen dem allseits erhobenen Anspruch auf »Inklusion« behinderter Menschen in die Gesellschaft und ihrer realen »Exklusion« (JB 2011: 194–201). Leider wurde die wohnortferne Unterbringung von chronisch und schwer psychisch erkrankten Menschen in – teilweise geschlossenen – Heimen (besonders ausgeprägt im Landkreis Osterode) bisher nicht ausreichend problematisiert. Eine von Fachleuten immer wieder angemahnte »Heim-Enquete« für Niedersachsen kam nie zustande.

Aktionstage für seelische Gesundheit – ein attraktives Konzept

Seit 2008 veranstaltet der LFB Psych zum internationalen Aktionstag für seelische Gesundheit am 10. Oktober an wechselnden Orten eine Fachtagung. Regelmäßige Kooperationspartner sind die LVG&AFS und die BKK-Mitte, die AWO Dialog GmbH und die MHH, seit 2011 auch die Landwirtschaftlichen Versicherungen. Das Thema wird in jedem Jahr mit dem SpDi und dem SpV der gastgebenden Kommune abgestimmt, wo es rund um die Fachtagung zusätzlich Informations- und Aktionsangebote für interessierte Bürger gibt.

Die Vorbereitung und Durchführung der Aktionstage macht allen Mitwirkenden jedes Mal viel Arbeit. Die Belohnung dafür ist eine hohe Anzahl interessierter Teilnehmender, die große öffentliche Resonanz in den Medien und positive Rückwirkungen auf die Zusammenarbeit im SpV. Davon zeugen die Berichte über die

Aktionstage 2008 in der Stadt Delmenhorst von Iphigenie Brandenbusch (JB 2010: 204–206), 2009 im Landkreis Harburg von Folke Sumfleth (JB 2011: 169–172) sowie 2010 in der Stadt Wolfsburg von Silvia Riegler und Anke Scholz (JB 2011: 58–62). Der Aktionstag 2011 wurde im Landkreis Cloppenburg begangen, auf seine Ausrichtung im Jahr 2012 bereitet sich der Landkreis Hameln-Pyrmont vor, und für 2013 steht der Landkreis Stade bereit.

Einige Vorträge und Ausarbeitungen von Workshop-Themen der Fachtagungen zum Niedersächsischen Aktionstag für seelische Gesundheit können in den Jahrbüchern nachgelesen werden. 2008 in Delmenhorst stand noch ganz allgemein die »Zukunft der Psychiatrie« in Niedersachsen auf dem Programm, und im Jahrbuch 2009 sind drei der dort gehaltenen Vorträge in schriftlicher Form erschienen: Norbert Wichert formulierte die Erwartungen niedergelassener Nervenärzte an die psychiatrische Klinik (66–69), Hartmut Nagel berichtete über ambulante psychiatrische Pflege (89–91) und Iphigenie Brandenbusch über den gemeindepsychiatrischen Alltag (86–88).

Den Aktionstag 2009 in Winsen/Luhe eröffnete die Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann. Außer ihrem Grußwort enthält das Jahrbuch 2010 im Themenschwerpunkt »Wechselwirkungen von Arbeit und seelischer Gesundheit« fünf Beiträge der Fachtagung »Verrückt nach Arbeit?!«. Nach einer Einführung in das Thema »Arbeit und seelische Gesundheit« durch Wolfram Beins (74–79) gehen Annett Ließmann und Erika Zoike der Frage nach: »Macht Arbeit krank?« (83–91). Marc Ziegenbein beantwortet die Frage »Macht Arbeitslosigkeit krank?« (92–95), und unter dem Titel »Macht Arbeit in der Psychiatrie krank?« fordert Fritz Bremer dazu auf, Überlastungen zu erkennen und Erleichterungen zu organisieren (96–103). Es folgen dann noch ein Workshop-Referat zu neuen Perspektiven bei Hilfen zur Arbeit von Marc Fesca (104–109) und ein Bericht über das Projekt »Blaue Karte« in Verden von Ulrike Brinkhoff (110–115).

Die Fachtagung zum 3. Aktionstag 2010 in Wolfsburg hatte den Titel »Irre gut aufwachsen« und wurde im Jahrbuch 2011 in einem Themenschwerpunkt »Seelische Gesundheit für Kinder und ihre Eltern« ausführlich dokumentiert. Prof. Johannes Siegrist widmet sich dem Thema »Arbeit und Gesundheit – Stärken und Schwächen der Elternschaft« (24–31). Prof. Angela Moré beantwortet die Frage, wodurch Kinder belasteter Familien seelisch gesund bleiben, aus einer entwicklungspsychologischen Perspektive (32–38). Prof. Günther Opp und Jana Teichmann vermitteln grundlegende Gedanken zu einer »positiven Peerkultur« (39–52). Es folgen die Tagungsbeobachtung von Filip Caby (53–57), Workshop-Berichte von Doris Kahlert und Kathrin Mohrs zur familienfreundlichen Stadt Wolfsburg (63–65) und von Miriam Müller et al. über ein Projekt zur Stärkung der Erziehungskompetenz psychisch kranker Eltern (66–68). In einem zusätzlichen Beitrag betonen Dieter Hubert und Peter Orzessek die Bedeutung der Adoleszenzpsychiatrie auch für den SpDi (69–71).

Die Fachtagung zum 4. Aktionstag 2011 in Cloppenburg gab den Anlass für den Themenschwerpunkt »Psychiatrie im ländlichen Raum« des vorliegenden Jahrbuchs 2012. Prof. Ingmar Steinhart erläutert ein Konzept zur Ausgestaltung psychiatrischer Hilfen im ländlichen Raum am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns. Jürgen Heinke und Hildegard Wübben-Siefer stellen die Hilfsangebote im Landkreis Cloppenburg vor. Britta Richter informiert über das vom MS angestoßene Projekt »Zukunftsregionen Gesundheit«. Der Kommentar der Tagungsbeobachterin Maria Vogel vom Niedersächsischen LandFrauenverband eröffnet den Schwerpunkt. Leider fand sich kein Referent, der auf der Tagung zu den Herausforderungen und Lösungsansätzen für die hausärztliche Betreuung psychisch erkrankter Menschen im ländlichen Raum aus eigener Erfahrung hätte Stellung nehmen können.

Zwischenbilanz: Integration und Kooperation bleibt schwierig

Wolfram Beins hatte in einem Beitrag für das Jahrbuch 2008 die Aktivitäten in den ersten 14 Jahren des LFB Psych zusammengefasst und künftige Aufgaben skizziert (JB 2008: 150–153). Er sah bei den vom LFB Psych ab 2007 zu bearbeitenden Themen einen Vorrang für die Versorgungsgestaltung in den SpV. Neben Orientierungshilfen für die Verbundarbeit vor Ort forderte er eine besondere Aufmerksamkeit für die ambulanten psychiatrischen Behandlungsmöglichkeiten und die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Bereichen des Versorgungssystems. Darunter verstand er die Grenzen nicht nur zwischen den verschiedenen Teilgebieten der Psychiatrie und den Leistungen nach den unterschiedlichen Sozialgesetzbüchern, sondern auch zwischen Psychiatrie und Psychotherapie, zwischen ambulanten und stationären Hilfen. Darüber hinaus forderte Beins eine gesonderte thematische Bearbeitung der Felder des Maßregelvollzugs, der Heimbetreuung und der Suchthilfe. Er empfahl auch, die Netzwerke des LFB Psych selbst zu überprüfen und neu auszurichten.

Ein Rückblick auf die letzten fünf Jahre macht deutlich, wie komplex und kompliziert das Feld ist, in dem der LFB Psych beratend, unterstützend und anregend tätig sein will. Manches ist gut in Gang gekommen, z. B. regelmäßige Fachtagungen und ein guter Informationsaustausch, die Landespsychiatrie-berichterstattung und die Unterstützung der SpV. Anderes wurde zumindest in Angriff genommen, so bei der Förderung seelischer Gesundheit und Prävention psychischer Erkrankungen sowie bei den Hilfen für psychisch erkrankte Menschen mit Migrationshintergrund. Das Projekt »Zukunftsregionen Gesundheit« könnte für den LFB Psych neue wirkungsvolle Kooperationen eröffnen, wenn dort präventive Erfordernisse und psychosoziale Aspekte von Gesundheit ganz allgemein stärker berücksichtigt werden.

Nichts getan hat sich bei der unbefriedigenden Situation im Heimbereich und dem mangelnden Austausch mit der Suchthilfe in Niedersachsen. Der von der Politik auch in der Psychiatrie forcierte ökonomische Wettbewerb hat aus Partnern immer mehr Rivalen werden lassen. Mit der Kontroverse um den AOK-Selektivvertrag für Schizophrenie hat diese Entwicklung auch den LFB Psych in eine Zerreißprobe geführt. Darunter leidet das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder ebenso wie unter der Arbeitsverdichtung in ihren jeweiligen beruflichen Kontexten, mit der Folge geringerer Teilnahme an den Gremiensitzungen und gebremster Aktivität der Arbeitsgruppen. Es bleibt die große Herausforderung an alle, sich trotz eines Klimas der Konkurrenz die eigene Fähigkeit und Bereitschaft zur Kooperation zu erhalten, um gemeinsam Verantwortung zu übernehmen für die Weiterentwicklung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen. Vielleicht lassen sich ja auch die Rahmenbedingungen für eine solche Kooperation unter erschwerten Bedingungen noch verbessern.

Anschrift des Autors

*Dr. Hermann Elgeti
Medizinische Hochschule Hannover
Sozialpsychiatrische Poliklinik List
Podbielskistraße 158
30177 Hannover
elgeti.hermann@mh-hannover.de*